

"Gefahren einer Atombehörde" in Luxemburger Wort (26. Januar 1956)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 26.01.1956, n° 26; 109. Jg. Luxembourg: Saint-Paul Luxembourg. "Gefahren einer Atombehörde", auteur:M. F. , p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/gefahren_einer_atombehorde_in_luxemburger_wort_26_januar_1956-de-eca93278-777b-4d35-a7b5-cca57b39871b.html



Publication date: 05/11/2015

Gefahren einer Atombehörde

Niemand, der noch etwas Sinn für die Wirklichkeit hat, wird sich Illusionen inbezug auf die Entstehung einer europäischen Atombehörde machen. Auf den ersten Blick scheint das fast unverständlich, weil doch die Errichtung einer supranationalen Autorität auf dem Gebiete der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie in keiner Weise in die bestehende Ordnung der Wirtschaft eingreift. Noch kommt Europa erst in die Kinderschuhe des beginnenden Atomzeitalters. Noch bedarf es, laut amerikanischen Forscheraussagen, einer Dauer von ungefähr dreißig Jahren, bis die Atomenergie einen mitbestimmenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung nehmen wird. Man müßte annehmen, gerade weil man sich erst im Anfangsstadium befindet, sei es eher leicht, die verschiedenen Staaten zum Beitritt zu einer solchen Behörde zu bewegen. Aber dem ist nicht so.

Schon gibt es Bindungen im Atomsektor zwischen Belgien und den Vereinigten Staaten von Amerika, schon hat Holland reelle Interessen in dieser Beziehung zu verteidigen, was diesen Ländern den Beitritt zu einem europäischen Atompool nicht gerade zu einer besonderen Attraktion werden läßt. Belgien verkauft sein Uranium zu interessanten Preisen an Amerika und findet kein Gefallen daran, seinen ganzen Reichtum an spaltbarem Stoff einer europäischen Kommission verkaufen zu müssen, wie sie Monnet vorschwebt. Es ist klar, daß sich Belgien nicht bereitfinden wird, mitzumachen, wenn ihm keine besonderen Bedingungen angeboten werden. Auch in Deutschland gibt es vorerst wenig Begeisterung für einen Atompool, und zwar stammen die Widerstände in der Hauptsache aus industriellen Kreisen. In Italien und Frankreich werden es weniger wirtschaftliche als politische Faktoren sein, die sich der Entstehung des Atompools in den Weg stellen werden. Es wäre gewagt zu behaupten, im französischen oder im italienischen Parlament würde sich eine Mehrheit für den Atomausschuß, nach dem Muster, wie er Monnet ausgearbeitet hat, bilden. In Frankreich stimmen die Kommunisten und die Poujadisten geschlossen dagegen. Die Sozialisten und die Volksrepublikaner wären vielleicht bereit, ihre Stimme für das Projekt abzugeben, vorausgesetzt allerdings, daß man sich einig setzt über die Linie, wo man Staat und Privatinitiative auf dem Gebiete der Ausnutzung der Atomenergie voneinander abgrenzen wird.

Will man die Industrie der Atomenergie ganz in die Hände des Staates oder der Atombehörde legen? Oder aber wird man eine interstaatliche Privatgesellschaft mit dem Bau einer Urananreicherungsanlage beauftragen? Die Fachleute rechnen damit, daß eine solche Anlage, wenn sie für die sechs Länder der Montanunion ausreichen soll, ungefähr 6 Milliarden lux. Franken kosten wird. Es gibt Staaten, die ihr Budget nicht in einem solchen Maße belasten können, sei es auch nur mit der Zinsenlast der Schuld, die sie für diesen Zweck aufnehmen müßten. Und sogar, wenn eine Hohe Behörde die Gelder für den Bau einer solchen Anlage bei der Wirtschaft einziehen würde, dann wäre die Frage noch berechtigt, ob es klug wäre, einen derartigen überstaatlichen „Eigentümer“ zu züchten, von dem eines Tages Wohl und Wehe der europäischen Staaten abhängen müßte.

Wenn eine Atombehörde errichtet werden soll, muß man es sich gut überlegen, auf welcher Stufe der Atomenergiewirtschaft die Autorität jener Behörde beginnen soll. An und für sich könnte ihre Tätigkeit sich auf die Koordinierung der Programme und auf die Kontrolle der Zentren für europäische Atomenergie beschränken. Man darf sogar die Frage stellen, ob es nicht genügt hätte, wenn die Atomanreicherung in zwei Zentren, dem amerikanischen und dem britischen erfolgen würde, und das für den Bedarf an Erzeugung von Kernenergie aus Uran der ganzen freien Welt.

Ja, man spricht heute von der ausschließlich friedlichen Ausnutzung der Atomenergie, und man begründet die Unentbehrlichkeit der Errichtung einer europäischen Kommission für Atomenergie mit der Notwendigkeit, die militärische Ausnutzung der Atomenergie in diesem oder jenem europäischen Staate unmöglich zu machen. Man legt sich dabei aber nicht genügend Rechenschaft darüber ab, daß die Vereinigten Staaten im europäischen Zusammenschluß für Atomausnutzung dennoch für den Notfall auch eine zusätzliche militärische Garantie erblicken.

All das und noch einiges mehr muß die Parlamente, wenn sie eines Tages mit dieser Frage befaßt werden, bestimmen, äußerst vorsichtig zu sein. Es ist klar, daß auf dem Gebiete der Atomenergie enger zusammengearbeitet werden muß, als auf anderen Gebieten. Es wäre aber nicht wenig gefährlich, wollte

man aus Liebe zur europäischen Integration hier unüberlegte Schritte tun, die man später einmal bereuen müßte, weil man die heute geltende Wirtschaftsordnung über den Haufen geworfen und dem Staatssozialismus die letzten Türen geöffnet hätte. Die Wachsamkeit gegenüber dem Kommunismus soll die Westeuropäer nicht dazu verleiten, das demokratische Staats- und Wirtschaftsgefüge selber zu untergraben. Die Sucht, die europäische Integration weiterzutreiben, soll nicht dazu führen, Versuche zu starten, die für die europäischen Staaten und ihre Völker lebensgefährlich werden können. Bestimmt wäre es unklug, wenn man es unterlassen würde, die europäische Integration stärker in anderer Richtung zu aktivieren.

M. F.